

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialabteilung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - (1958)

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417566>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT
ÜBER DIE
STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN
FÜR DAS JAHR 1958

Bericht der Präsidialabteilung

Regierungspräsident:

Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat H. HUBER

Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat WALTER SIEGENTHALER

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat WALTER SIEGENTHALER

Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. FRITZ GIOVANOLI

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr fanden 3 kantonale und 5 eidgenössische Abstimmungen statt, bei welchen über 8 kantonale und 7 eidgenössische Vorlagen abgestimmt wurde.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 26. Januar wurden den Stimmberechtigten die Gesetzesentwürfe über die Bauvorschriften und über die Beiträge des Staates an die Kosten des Ausbaues wichtiger Gemeindestrassen zum Entscheid unterbreitet.

Die erste Vorlage wurde mit 64 413 gegen 30 803 Stimmen angenommen, und die zweite mit 83 623 gegen 14 120 Stimmen, beide also mit einem Mehr von 33 610 resp. 69 503 Stimmen.

Am gleichen Tage kamen zur Abstimmung zwei Volksbeschlüsse über den Neubau eines Institutes für exakte Wissenschaften der Universität Bern und über Umbau und Ausbauten in der kantonalen Heil- und Pflegeanstalt Münsingen, welche ersterer mit 64 139 gegen 31 958 Stimmen und der zweite mit 80 863 gegen 16 345 Stimmen angenommen wurden. Die Mehrheiten betragen 32 181 resp. 64 518 Stimmen.

Von den 252 558 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürger gingen 102 747 oder 40,68 % an die Urne.

Am 8. Juni fand die zweite Abstimmung statt, bei welcher den Stimmberechtigten 3 Vorlagen unterbreitet wurden. Alle 3 Vorlagen wurden angenommen, wobei sich von 252 632 61 884 oder 24,49 % Stimmberechtigte an die Urne begaben. Es handelte sich um folgende Vorlagen:

1. Änderung von Art. 26 Ziff. 9 und 12 der bernischen Staatsverfassung (Erhöhung der finanziellen Zuständigkeit des Regierungsrates). Diese Verfassungsänderung wurde angenommen mit 39 549 gegen 19 727 oder mit einem Mehr von 19 822 Stimmen.
2. Das Gesetz über Familienzulagen in der Landwirtschaft wurde mit 45 977 gegen 13 600 oder mit einer annehmenden Mehrheit von 32 377 Stimmen angenommen.
3. Volksbeschluss über den Neubau von Universitätskliniken, der Wirtschaftsgebäude und von Spezialabteilungen des Inselspitals. Der notwendige Kredit wurde von den Stimmberechtigten bewilligt mit 52 819 gegen 7062 Stimmen. Die annehmende Mehrheit betrug somit 45 757 Stimmen.

Die dritte kantonale Abstimmung fand am 7. Dezember statt. Den Stimmberechtigten wurde zum Entscheid vorgelegt der Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues. Dieser wurde mit 74 365 gegen 23 517, also mit einer Mehrheit von 50 848 Stimmen, angenommen. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 253 583. Von diesen begaben sich 102 099 oder 40,26 % an die Urne.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

Die erste Abstimmung des Jahres fand am 26. Januar statt.

Den Stimmberechtigten wurde der Bundesbeschluss betreffend das Volksbegehren gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht (Kartellinitiative) zum Entscheid unterbreitet, der im Kanton Bern mit 19 475 gegen 81 529 Stimmen verworfen wurde.

In eidgenössischen Angelegenheiten waren im Kanton Bern 253 453 Stimmberechtigte, von denen 102 928 oder 40,61 % an der Abstimmung teilnahmen.

Am 11. Mai folgte die zweite Abstimmung. Ihr Gegenstand war der Bundesbeschluss über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes.

Die Vorlage wurde mit 59 399 gegen 59 684 Stimmen verworfen.

An der Abstimmung nahmen von 253 354 Stimmberechtigten 119 849 oder 47,30 % teil.

In einer dritten Abstimmung am 6. Juli wurden im Kanton Bern folgende zwei Vorlagen angenommen:

1. Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Art. 27^{ter} betreffend das Filmwesen. Ergebnis 44 510 Ja gegen 20 041 Nein.
2. Bundesbeschluss über das Volksbegehren für die Verbesserung des Strassennetzes. Annehmende Stimmen 58 880, ablehnende 6891.

Von den 253 764 Stimmberechtigten begaben sich 66 312 oder 26,13 % an die Urne.

Am 26. Oktober unterbreiteten die eidgenössischen Behörden den Stimmberechtigten den Bundesbeschluss über das Volksbegehren für die 44-Stundenwoche (Arbeitszeitverkürzung).

Von den 254 261 Stimmberechtigten begaben sich 140 352 oder 55,2 % an die Urne, welche das Volksbegehren mit 39 612 gegen 99 767 Stimmen verwarfen.

Die letzte Abstimmung des Jahres fand am 7. Dezember statt.

Es wurden die folgenden Bundesbeschlüsse zum Entscheid unterbreitet:

1. Änderung der Bundesverfassung (Kursaalspiele) mit 56 355 gegen 42 598 Stimmen angenommen.
2. Genehmigung des zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik abgeschlossenen Abkommens über die Nutzbarmachung der Wasserkraft des Spöl. Annahme mit 75 984 gegen 24 136 Stimmen.

Von den 254 334 Stimmberechtigten gingen 102 367 oder 40,24 % an die Urne.

Volkswahlen

Im Berichtsjahr fanden die Erneuerungswahlen für den Grossen Rat, den Regierungsrat, die Bezirksbeamten sowie die kantonalen Geschwornen und die Zivilstandsbeamten statt, über deren Durchführung und Ergebnis später berichtet wird.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

Im Berichtsjahr starben die Nationalräte Arthur Steiner und Ernst Aebersold. Der Regierungsrat dankt soweit an ihm den dahingegangenen Parlamentariern für ihre Arbeit im Dienste des Kantons Bern. Von der Liste der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, auf welcher sie gewählt worden waren, rückten als Mit-

glieder des Nationalrates nach: Erwin Schneider, Sekretär der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, und Emil Schaffer, Regierungsrat in Langenthal.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt im Berichtsjahr 4 Sessionen ab, davon eine ausserordentliche im Februar, mit insgesamt 28 Sitzungen.

Vor der Gesamterneuerung des Grossen Rates amtierten als Präsident bis zum 31. Mai Hans Tschanz, Landwirt und Nationalrat in Grosshöchstetten, und als Vize-Präsidenten Fürsprecher Jules Schlappach in Tavannes und Walter König, Gemeinderat in Biel.

In der Zusammensetzung des Grossen Rates vor der Gesamterneuerung traten folgende Änderungen ein:

An Stelle des zum Mitglied des Regierungsrates gewählten Fritz Moser in Wangen a. A. trat Fritz Meyer, Malermeister in Niederbipp als 1. Ersatzmann der BGB-Partei des Amtsbezirkes Wangen in den Rat ein. Ferner verschied Grossrat Otto Steiger, Stadtpräsident in Bern. Da nach dessen Hinschied keine weitere Session des Grossen Rates mehr stattfand, wurde von einer Ersatzwahl abgesehen.

Am 4. Mai fanden zum 10. Male die Erneuerungswahlen des Grossen Rates nach dem Proporzwahlverfahren statt. Einzelheiten über die Durchführung dieser Wahlen sind in dem besondern Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat enthalten (Tagblatt 1958, S. 185 ff.). Im ganzen Kantonsgebiet verliefen die Wahlen ruhig und ohne irgendwelche Störungen.

In den Amtsbezirken Erlach, Obersimmental und Saanen wurden nicht mehr Kandidaten aufgestellt als Sitze zu besetzen waren. Die Vorgeschlagenen konnten deshalb im stillen Verfahren als gewählt erklärt werden, und der öffentliche Wahlgang fand in diesen Amtsbezirken nicht statt.

Gegen die Durchführung oder die Ergebnisse der Grossratswahlen wurden keine Beschwerden eingereicht. In der konstituierenden Sitzung des Grossen Rates konnten deshalb sämtliche Wahlen validiert werden.

Von den 200 Grossräten, die nach Art. 19 der Staatsverfassung von der Fassung vom 19. April 1953 zu wählen waren, gehörten 139 bereits bisher dem Rate an, während 61 neu eingetreten sind.

Nach der Geschäftsordnung des Grossen Rates bedarf es zur Bildung einer Fraktion 5 Mitglieder. Demnach konnten, wie bisher, 4 Fraktionen gebildet werden:

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	80
Sozialdemokratische Partei	68
Freisinnig-demokratische Partei	37
Konservativ-christlichsoziale Partei	12
	<hr/>
	197

Dazu kommen 2 Grossräte, die auf der Liste des Landesringes der Unabhängigen gewählt wurden sowie 1 Vertreter der Evangelischen Volkspartei.

Die Liberalsozialistische Partei des Wahlkreises der Stadt Bern ist nicht mehr im Rat vertreten, da die entsprechende Liste das Quorum nicht erreichte.

Das auf der Liste der Evangelischen Volkspartei der Stadt Bern gewählte Mitglied Alfred Wachter erklärte, dass er der Fraktion der BGB-Partei beitrete, so dass diese sich aus 81 Mitgliedern zusammensetzt.

Grossrat Joseph Schaffter in Delsberg trat aus der Konservativ-christlichsozialen Fraktion aus, die nun noch 11 Mitglieder zählt. Er bezeichnete sich als Vertreter der Christlichsozialen Partei des Amtsbezirkes Delsberg.

Grossrat J. Bächtold in Bern erklärte seinerseits, er sei nicht Mitglied des Landesrings und deshalb als parteiloses Ratsmitglied zu betrachten.

Die konstituierende Sitzung fand reglementsgemäss am 2. Juni statt, weil der 1. Juni auf einen Sonntag fiel. Sie wurde durch den zurücktretenden Regierungspräsidenten H. Huber eröffnet. Als Alterspräsident amtierte Fritz Berger, Koppigen.

Der Grosse Rat wählte zu seinem Präsidenten den bisherigen 1. Vizepräsidenten, Jules Schlappach, Fürsprecher in Tavannes, als Vizepräsidenten Walter König, Gemeinderat in Biel, und Fritz Eggli, Müllermeister in Rüti b. Büren.

Seit der Gesamterneuerung des Grossen Rates starb Walter Luder, an dessen Stelle von der Liste der BGB-Partei des Amtsbezirkes Wangen, Eduard Lanz, Landwirt und Müllermeister in Wiedlisbach, neu in den Rat eintrat.

Wahlen

In der konstituierenden Sitzung des Grossen Rates wurden dessen Büro und die ständigen Kommissionen neu bestellt. Dazu erfolgte die Wiederwahl der kantonalen Rekurskommission, bestehend aus dem Präsidenten, dem 1. und 2. Vizepräsidenten sowie 12 Mitgliedern und 5 Ersatzmännern.

Im übrigen fanden noch folgende Wahlen statt:

1. Wiederwahl von 9 Mitgliedern des Obergerichtes, wobei an Stelle des zurückgetretenen Hans Türler als neues Mitglied gewählt wurde Dr. Rudolf Holzer, bisher Gerichtspräsident in Bern.
2. Mit dieser Wiederwahl wurden gleichzeitig 3 Ersatzmänner des Obergerichtes in ihrem Amte bestätigt.

Auf Ende des Jahres trat Obergerichtspräsident Dr. J. O. Kehrli von seinem Amt zurück. Zum neuen Obergerichtspräsidenten wurde der bisherige Vizepräsident, Heinrich Joss, gewählt, während an Stelle von Oberrichter Kehrli als Mitglied Robert Zürcher, bisher Obergerichtsschreiber, gewählt wurde.

An Stelle des zum Oberrichter gewählten Dr. R. Holzer, der bisher als Ersatzmann des Obergerichts amtierte, wurde neu in dieser Stellung gewählt Fürsprecher Alfred Hug in Bern.

Zum Generalprokurator wurde der bisherige Amtsinhaber, Dr. Walter Loosli, wiedergewählt.

Als neues kaufmännisches Mitglied des Handelsgerichts wurde an Stelle des zurückgetretenen E. Streit in Bern gewählt Baumeister Hans Jordi, Wabern BE.

Verwaltungsgericht

Auf Ende des Geschäftsjahres trat der bisherige langjährige Präsident des Verwaltungsgerichtes, Fürsprecher

Charles Halbeisen, zurück. Er wurde ersetzt durch Prof. Dr. Gottfried Roos, bisher 1. Sekretär der Justizdirektion.

Als Mitglieder des Verwaltungsgerichtes wurden gewählt: an Stelle des zurückgetretenen Grossrat Hans Rychen in Wilderswil, Grossrat Werner Hadorn, Notar in Spiez, und an Stelle des ebenfalls zurückgetretenen A. Hug, Fürsprecher in Bern, Walter Buser, Redaktor in Bern.

Als Ersatzmann des Verwaltungsgerichtes wurde an Stelle des zum Mitglied gewählten W. Hadorn in Spiez Dr. Fritz Krebs, Kassaverwalter in Aarberg, gewählt.

Rekurskommission

Infolge Erreichung der Altersgrenze trat Rodolphe Diener, St. Immer, als Mitglied zurück. Er wurde ersetzt durch Paul Andrey, Unternehmer in Neuenstadt.

Kleinviehzuchtkommission

Wegen Nichtwiederwahl infolge Ablaufes der 6jährigen Amtsdauer mussten 3 Mitglieder, nämlich Ulrich Beer, Oberbalm, Ernst Schindler, Kirchdorf, und Gottfried Wälti, Fürten, und wegen Hinschieds des Mitgliedes Hans Kienholz in Brienz, Ersatzwahlen stattfinden. Es wurden gewählt Peter Idermühle, Landwirtschaftslehrer in Langenthal, Hans Lauener-Münger, Posthalter in Wengen, Alfred Rüefli, Ziegenzüchter in Lengnau, und Johann Weber-Andres, Landwirt in Barga.

Allen Zurückgetretenen hat der Regierungsrat für ihre Arbeit den Dank ausgesprochen.

Als wichtige Geschäfte wurden im Berichtsjahr behandelt:

Gesetze

Direkte Staats- und Gemeindesteuern; Abänderung (Konsuminitiative und Gegenentwurf), 1. Beratung.
Familienzulagen in der Landwirtschaft, 2. Beratung.

Dekrete

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 14 Dekrete behandelt, worunter einige betreffend die Besoldungsverhältnisse des Staatspersonals und der Lehrerschaft sowie betreffend Errichtung neuer Pfarrstellen. Daneben seien noch folgende Dekrete erwähnt:

Baubeiträge an Gemeinde- und Bezirkskrankenanstalten, Organisation der Gerichtsbehörden in den Amtsbezirken Burgdorf und Konolfingen, Organisation der Forst- und der Volkswirtschaftsdirektion.

Andere Geschäfte

Neben dem Verwaltungsbericht und der Staatsrechnung 1957 sowie dem Voranschlag 1959 wurden im Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung folgende Vorlagen bereinigt:

Aufnahme von Anleihen zur Konsolidierung der schwebenden Schuld des Staates bei der Kantonalbank und

der Hypothekarkasse und zur Erhöhung des Dotationskapitals der beiden Staatsbanken, Hypothekarkasse, Aufnahme einer Anleihe von Franken 60 Millionen für eigene Rechnung.

Dazu mögen als wichtigere Geschäfte, die der Grosse Rat behandelte, besonders erwähnt sein der Bericht der Finanzdirektion über die Durchführung und die Ergebnisse der Hauptrevision der amtlichen Werte, der Grundstücke und Wasserkräfte, die Beteiligung am Aktienkapital der zweiten Zuckerfabrik AG, die Vermehrung der Kapitalbeteiligung an der Swissair sowie die Bewilligung eines Beitrages für den Ausbau des Flugplatzes Belpmoos.

Zahlreiche sogenannte Direktionsgeschäfte wurden behandelt, Kredite und Beiträge bewilligt an Strassen- und Brückenbauten, an Wasserverbauungen und -versorgungen, an Schulhausbauten und Lehrerwohnungen, an Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Dienstbotensiedlungen sowie an den Ausbau von Altersheimen.

Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1957 waren im Berichtsjahre noch 11 Motionen zu behandeln. Neu eingereicht wurden 14. Von den 25 Motionen wurden im Jahre 1958 20 erledigt, wovon 4 durch Rückzug. Für eine Motion wurde die Behandlung auf das Jahr 1959 verschoben. Im Berichtsjahre wurden 15 Postulate eingereicht. Von diesen wurden vom Rat 9 behandelt. 6 wurden auf das Jahr 1959 verschoben. Der Regierungsrat gab Antwort auf 17 Interpellationen. Antworten auf 15 Einfache Anfragen wurden schriftlich ausgeteilt.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtierte als Regierungspräsident der Direktor des Fürsorgewesens, Henri Huber. Am 1. Juni übernahm der bisherige Vizepräsident, Regierungsrat W. Siegenthaler, Direktor der Finanzen und Domänen und des Militärs, das Präsidium, während als Vizepräsident Regierungsrat Dr. Fritz Giovanoli, Direktor der Sanität und des Gemeindewesens, gewählt wurde.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 104 Sitzungen ab, in welchen 7740 Geschäfte (167 weniger als im Vorjahr) behandelt wurden.

Auch im Berichtsjahr hat der Regierungsrat ständig die Weiterentwicklung der Lage im Jura aufmerksam verfolgt und in verschiedenen Sitzungen dazu Stellung genommen. Am 15. Februar 1958 lief die Umlauffrist ab für die Initiative betreffend einen Gesetzesentwurf über die Durchführung einer Volksbefragung, um die Bestrebungen des jurassischen Volkes kennenzulernen. Die Initianten reichten diese Initiative aber erst am 14. November 1958 ein. Diese Verzögerung der Ablieferung hat jedoch keine rechtliche Bedeutung, weil das Dekret über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen vom 4. Februar 1896 keine Frist für die Einreichung von Initiativen vorschreibt. Mit Beschluss vom 18. November 1958 nahm der Regierungsrat von der Einreichung der Initiative Kenntnis und beauftragte das Statistische

Büro, die genaue Zahl der Unterschriften festzustellen. Nach dem Bericht dieses Büros vom 12. Dezember sind auf 1790 Unterschriftenbogen 23 331 gültige Unterschriften enthalten, so dass das Volksbegehren formell zustande gekommen ist. Die weitere Behandlung dieser Initiative im Regierungsrat und im Grossen Rat fällt in das nächste Berichtsjahr.

Am 26. Januar fand die Ersatzwahl in den Regierungsrat für den im Jahr 1957 verstorbenen Regierungsrat Dr. Max Gafner statt. Gewählt wurde Grossrat Fritz Moser, Notar und Kassenverwalter in Wangen a. A. Dieser trat sein Amt am 1. März an. Mit seinem Amtsantritt wurden vom Grossen Rat folgende Beschlüsse in bezug auf die Organisation und Zuteilung der Direktionen getroffen:

Die Kirchendirektion wurde von der Forst- und Landwirtschaftsdirektion abgetrennt und dem Justizdirektor zugeteilt. Diese beiden Direktionen wurden Regierungsrat F. Moser übertragen.

Seit dem Hinschied von Regierungsrat Dr. Gafner amtierte als Militärdirektor der Finanz- und Domänen-direktor. Diese provisorische Zuteilung wurde vom Grossen Rat bestätigt, so dass Regierungsrat Siegenthaler nunmehr der Finanz- und Domänen- und der Militärdirektion vorsteht.

In der Stellvertretung der Direktionen traten folgende Änderungen ein:

Stellvertreter

- des Justizdirektors: Regierungsrat R. Gnägi
- des Kirchendirektors: Regierungsrat Dr. V. Moine
- des Militärdirektors: Regierungsrat Dr. V. Moine
- des Erziehungsdirektors: Regierungsrat F. Moser

Am 4. Mai 1958 wurden im 1. Wahlgang sämtliche Mitglieder des Regierungsrates in ihrem Amt bestätigt. Bei einem absoluten Mehr von 36 691 Stimmen, berechnet nach § 25 des Dekretes über das Verfahren bei Volksabstimmungen und Wahlen in der Fassung vom 26. November 1956, wurden alle Mitglieder im 1. Wahlgang gewählt mit Stimmenzahlen zwischen 79 035 und 61 366. Nach der Neuwahl erfolgten keine Änderungen mehr in der Organisation und Zuteilung der Direktionen.

Über die einzelnen andern wichtigeren Geschäfte, die im Regierungsrat behandelt wurden, verweisen wir auf die Verwaltungsberichte der betreffenden Direktionen.

Bezirksbeamte

Vor der Gesamterneuerung der Bezirksbeamtenwahlen traten folgende Änderungen ein:

Bern: An Stelle des im Jahr 1957 zum Staatsanwalt des Mittellandes gewählten Theodor Jenzer wurde im stillen Wahlverfahren als neuer Gerichtspräsident Pierre Schrade, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Am 8. Juni fand die Gesamterneuerungswahl für die Bezirksbeamten statt. Diese erfolgten nach dem Gesetz über die Vereinfachung von Beamtenwahlen vom 28. Februar 1932. Es fanden überall stille Wahlen statt. Nur im Amtsbezirk Büren, wo infolge der Trennung der Funktionen des Regierungstatthalters und des Gerichtspräsidenten ein neuer Gerichtspräsident zu wählen war,

und im Amtsbezirk Konolfingen, wo ein zweiter Gerichtspräsident gestützt auf die Neuordnung des Dekretes vom 10. Februar 1958 zu bestellen war sowie im Amtsbezirk Fraubrunnen, wo für die Stelle eines Gerichtsschreibers/Betreibungs- und Konkursbeamten kein Wahlvorschlag vorhanden war, musste der öffentliche Wahlgang stattfinden.

Nach der Gesamterneuerung fanden noch folgende Änderungen statt:

Bern: An Stelle des zum Oberrichter gewählten Gerichtspräsidenten Dr. Rudolf Holzer wurde gewählt Rolf Steiner, Fürsprecher, bisher Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter in Wangen a. A.

Seftigen: Der bisherige Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamte Hans Rudolf Zurbrügg, Fürsprecher, wurde zum Gerichtspräsidenten gewählt und an dessen Stelle Dr. Bernhard Moesch, Fürsprecher, bisher Kammer-schreiber am Obergericht in Bern, bezeichnet.

Interlaken: Gerichtspräsident Hans Strebel trat infolge seiner Wahl zum Staatsanwalt des Oberlandes zurück. Die Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Wangen: Die Ersatzwahl für den infolge seiner Wahl zum Gerichtspräsidenten von Bern zurückgetretenen Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamten Rolf Steiner fällt in das Jahr 1959.

Amtsrichter

Sämtliche Amtsrichter konnten bei den Gesamterneuerungswahlen vom 8. Juni auf dem Wege der stillen Wahl als gewählt erklärt werden.

Nach der Gesamterneuerung traten noch folgende Änderungen ein:

Delsberg: An Stelle des wegen Erreichens der Altersgrenze zurückgetretenen Paul Allemann in Bassecourt wurde gewählt Georges Chappuis, Gemeinbeschreiber in Develier.

Thun: An Stelle des zurückgetretenen Fritz Oesch in Homberg konnte im stillen Wahlgang als gewählt erklärt werden Ernst Rupp, Landwirt und Gemein-schreiber, Pohlern.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Vor den Gesamterneuerungswahlen wurde auf dem Wege der stillen Wahl an Stelle des im Jahr 1957 zum Amtsrichter gewählten Albert Kreuter gewählt: Arthur Jenni, Zimmermann in Burgdorf.

Für die Gesamterneuerungswahl vom 8. Juni konnten sämtliche Vorgeschlagenen auf dem Wege der stillen Wahl als gewählt erklärt werden. Nach der Gesamterneuerung fand noch eine Ersatzwahl im Amtsbezirk Thun statt, wobei an Stelle des zum Amtsrichter gewählten Ernst Rupp als gewählt erklärt wurde: Daniel Siegenthaler, Bäckermeister und Wirt in Eriz. Der Genannte kann erst mit dem Verzicht auf die Führung des Gastwirtschaftsbetriebs sein Amt übernehmen.

Kantonale Geschworne

Mit den Wahlen der Bezirksbeamten vom 8. Juni wurden auf dem Wege der stillen Wahl 536 kantonale Geschworne gewählt, davon 462 im deutsch- und 74 im französischsprachigen Kantonsteil.

Zivilstandsbeamte und Stellvertreter

Mit den Gesamterneuerungswahlen für die Bezirksbeamten fanden auch die Wahlen für die Zivilstandsbeamten und Stellvertreter statt. Der öffentliche Wahlgang musste in 9 Zivilstandskreisen stattfinden, während in 239 Kreisen stille Wahlen zustandekamen.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss (Vorjahr):

An die Direktion überwiesene Eingänge: 1933 (1719)

Überweisungen an den Grossen Rat: 435 (522)

Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme: 120 289.35 (129 671.90)

Beglaubigung von Unterschriften: 30 613 (30 409), für welche Gebühren von Fr. 36 697.95 (37 103.45) verrechnet wurden; davon vom Regierungstatthalter oder von den Gemeinden Fr. 25 323.50 (24 844), belegt vom Legalisationsbüro oder durch Barverkauf Franken 11 374.45 (12 259.45).

Im Anweisungsverkehr wurden 2702 (2573) Geschäfte erledigt, die den Ertrag an Gebühren von Fr. 212 581.— (210 639.95) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3975 Geschäfte, wovon 1115 des Regierungsrates. Die zahlreichen Arbeiten und Übersetzungen für die Veröffentlichung im französischen Amtsblatt sind noch dazuzurechnen.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratssaal 89 Sitzungen, davon 25 Stadtratssitzungen, abgehalten und die Rathaushalle für 38 Anlässe benützt. Die Kommissionzimmer wurden von den Direktionen für 217 Sitzungen benützt, wozu noch 28 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen.

Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 8997.55 erreichten (davon für die Benützung durch den Stadtrat Fr. 2256.85). Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 310 Besuche unseres Rathauses mit rund 4000 Personen. Ungefähr $\frac{3}{4}$ dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 332 Besuchern mit 2812 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 1282 mündlich und 420 schriftlich erteilt.

II. Zuwachs

Im Berichtsjahr konnten die Bestände des Staatsarchivs wiederum durch wertvolle Geschenke und Leihgaben und durch interessante Käufe bereichert werden. Herr Fürsprecher P. Simonin übergab dem Archiv eine grössere Anzahl Schriften aus dem Nachlass seines Vaters, Herrn Regierungsrat Simonin. Als Geschenk des Herrn Georges van Muyden in Genf durfte das Archiv einen Nachlass der Berner Familie Brunner entgegennehmen, der Briefe interessanter bernischer und anderer Persönlichkeiten enthält (Schultheiss Friedrich von Steiger, General Schauenburg, Schultheiss E. F. von Fischer).

Der inzwischen verstorbene Pfarrer Ch. Simon in Neuenstadt schenkte eine der Forschung sehr dienliche Sammlung historischer Notizen über die protestantischen Kirchgemeinden im Jura, Herr E. F. Gruber v. Fellenberg einen Gewölbe-Rodel von 1774 und das klassische italienische Vocabolario della Crusca in fünf Bänden, Frau Kieffer-Knörrli in Zürich eine Siegelammlung und einige Bilder. Herrn Dr. h. c. Rob. Marti-Wehren verdanken wir die Überlassung einer Sammlung von Broschüren zur Saaner Geschichte und andere Druckschriften, Herr Architekt Indermühle endlich liess dem Staatsarchiv eine Mappe mit Bildern der Restauration der Kirche von Saanen zukommen. Weiterer Geschenke sei hier gesamt haft dankbar gedacht.

Als Leihgabe übernahm das Archiv eine umfangreiche Sammlung von Aufzeichnungen über die bernische Familie Biedermann, die Herr A. H. E. Biedermann in langjähriger Arbeit vereinigt hatte, und kulturgeschichtlich ergiebige Tagebücher des bekannten Historikers Alexander Ludwig v. Wattenwyl von Nidau aus den Jahren 1732–1744, nebst einem Tagebuch der abenteuerlichen Seefahrt eines Angehörigen derselben Familie von Batavia nach Holland im Jahre 1834, welche Herr Jean de Watteville in La Haye dem Staatsarchiv anvertraute.

Durch Kauf konnte eine ansehnliche Partie des Spiezer Herrschaftsarchivs, die bisher als Depositum von Angehörigen der Familie Haller im Staatsarchiv untergebracht war, in dessen endgültiges Eigentum übergeführt werden. Da das Spiezer Herrschaftsarchiv in seinen Hauptteilen bereits Eigentum des Staatsarchivs ist, war diese Ergänzung besonders zu begrüssen. Zuhanden der jurassischen Abteilung des Staatsarchivs wurden im Nachlass von Herrn Josph Beuret-Frantz eine Anzahl Werke zur jurassischen Geschichte und Heimatkunde erworben.

Unter den Ablieferungen der Verwaltung war diejenige der Polizeidirektion die bedeutendste. Sie umfasste die Akten, Geschäftskontrollen und Register von 1910 bis 1930, insgesamt 695 Theken und 89 Bände. Die Abteilung Zivilstandsdienst der Polizeidirektion lieferte in 64 Schachteln und 16 Ordnern die laufenden Akten der Jahre 1948–1957 ab. Von der Baudirektion übernahm das Staatsarchiv rund 1500 Pläne, besonders Gewässer, Strassen und Brücken und Eisenbahnen betreffend. Die Militärdirektion lieferte die Rekrutierungskontrollen von 1911–1920 in 112 Bänden und das Kreiskommando Konolfingen Stammkontrollen 1878–1892 in 74 Bänden ab.

Die Bibliothek vermehrte sich um 493 Bände, 330 Broschüren und 134 Blätter, wovon 263 Bände, 299 Broschüren und 88 Blätter dem Archiv geschenkt oder abgeliefert wurden.

III. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) wurde die Revision der Urkundenbestände fortgesetzt. Die Bearbeitung des Fachs «Deutscher Orden» 1226–1728 wurde abgeschlossen, neu geordnet wurden ferner die Fächer «Kanzellierte Schuldtitel» 1348–1748 und «Zinsquittungen» 1326–1576.

Gesichtet und neu geordnet wurde auch die Abteilung der Fragmente alter Pergamenthandschriften und von Drucken des 15. und 16. Jahrhunderts, wobei sich unter anderm ein ehemals als Umschlag eines Reburbars von Hilterfingen verwendetes Fragment aus einem Graduale des 15. Jahrhunderts mit prächtiger Initialen vorfand, das künftig als Leihgabe des Staatsarchivs in der Kapelle des Schlosses Oberhofen zu sehen sein wird.

In der alten Abteilung wurden ferner die Akten des Kirchen- und Schulrats von 1803–1831 weitergeordnet. Die Einteilung der Kirchenakten nach Gemeinden ist abgeschlossen, diejenige der Schulakten in Angriff genommen.

In der neuen Abteilung (seit 1831) wurde die Neuordnung der Akten des Gemeindegewesens fortgesetzt. Die Akten der einzelnen Amtsbezirke sind fertig gesichtet, ihre gemeindegewise Aufstellung ist abgeschlossen.

Bei den Akten der Erziehungsdirektion wurde die Abteilung Hochschule 1835–1925 weiterbehandelt. Das Vorordnen der Abteilung ist beendet; im Berichtsjahr wurden die Akten der evangelisch-theologischen, der juristischen und der philosophisch-historischen Fakultät definitiv bearbeitet. Von den Akten der ehemaligen Direktion des Innern wurde die Gruppe Brandversicherung und Feuerwehr 1895–1918 von einer rein zeitlichen in eine sachliche Ordnung übergeführt. Diese Arbeit ist noch nicht beendet.

IV. Inventare und Register

In der alten Abteilung wurden zu den neu geordneten Fächern «Deutscher Orden» und «Kanzellierte Schuldtitel» Inventare angefertigt. Da das Berner Staatsarchiv verhältnismässig arm ist an Quellen des wichtigen 15. Jahrhunderts, wurde die amtliche Briefsammlung des historischen Archivs in Thun, die von 1333 bis 1500 reicht und in ihren 4 Bänden Thuner Missiven hauptsächlich Schriften aus dem 15. Jahrhundert umfasst, durch Erstellung von rund 2500 Regesten für die Forschung erschlossen. Um die Benutzbarkeit einer eigenen Archivgruppe aus der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts, der bernischen Exemplare der Abschiede, d. h. der Protokolle der eidgenössischen Tagsatzung, zu erleichtern, wurde davon eine chronologische Bestandesaufnahme durchgeführt. Von den zahlreichen Exemplaren der sogenannten Burgerspunkten, einer Art Gesetzessammlung des Grossen Rates im alten Bern, wurde ein Inventar angefertigt.

Neu in Angriff genommen wurde eine Kartei der Briefe zu den im Staatsarchiv befindlichen privaten Nachlässen. Bearbeitet wurden bisher dafür die Nachlässe Ochsenbein, J. R. Schneider und Weyermann, ferner eine gemischte Briefsammlung. Auch aus den Hochschulakten wurden Briefe bedeutender Persönlichkeiten in diese Kartei aufgenommen.

Die Inventarisierung der Ämterbücher nähert sich ihrem Abschluss. Im Berichtsjahr wurden, neben einzel-

nen Reinschriften, die allgemeinen Leberbergbücher und die Ämterbücher von Gottstatt, der Freiberge und von Münster behandelt. Fortgesetzt wurde in freiwilliger Mitarbeit von Herrn E. F. Gruber-v. Fellenberg die dankenswerte Erschliessung alter bernischer Notariatsprotokolle. Die Karteien der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Auszüge aus dem «Bund», und die Sachkartei der Bibliothek wurden nachgeführt.

V. Führungen und Ausstellungen

Führungen im Staatsarchiv, verbunden mit Ausstellungen, fanden statt für 4 Klassen des Oberseminars und eine Klasse des Seminars Muristalden, für eine Klasse der Frauenarbeitschule Bern, für 2 Primarschulklassen des 8. Schuljahrs Bümpliz, für die Fortbildungsschule PTT und für die Staatsbürgerliche Gesellschaft der Stadt Bern.

Durch Ausleihe von Dokumenten war das Staatsarchiv an der forstgeschichtlichen Ausstellung der ETH in Zürich und an einer Ausstellung der Genfer öffentlichen Bibliothek beteiligt, welche die alten Bündnisbeziehungen Genfs zum Gegenstand hatte.

VI. Lehrerfortbildungskurse

Wie in den Vorjahren fand auch im Berichtsjahr unter Leitung des Adjunkten Lerch ein von der bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform organisierter Kurs für geschichtliche Heimatkunde und Urkundenlesen statt.

VII. Wissenschaftliche Arbeiten

Das wissenschaftliche Personal des Staatsarchivs liess wissenschaftlichen und landeskundlichen Veröffentlichungen seine Mitarbeit. So beteiligte sich der Staatsarchivar an der Festschrift für Prof. Dr. Rennefahrt, der Adjunkt schuf für den Schulfunk ein Hörspiel über Adrian v. Bubenberg, der Assistent lieferte einen Aufsatz zur Hochschulgeschichte für die Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, deren Redaktion er künftig betreuen soll.

Prof. Dr. Rennefahrt setzte im Staatsarchiv seine Forschungen zur Berner Rechtsgeschichte fort, ebenso Herr

Dr. h. c. Marti-Wehren seine im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde durchgeführte Sammlung von volkskundlichen Nachweisen aus den Materialien des Staatsarchivs.

VIII. Bezirks- und Gemeindearchive

Im alten Kantonsteil wurden im Berichtsjahr keine Bezirks- und Gemeindearchive inspiziert, und es ergab sich kein Anlass, Bezirks- oder Gemeindebehörden in Archivfragen zu beraten. Im Jura wurde das Bezirksarchiv von Courtelary besucht und darüber Bericht erstattet, den Behörden von Bévillard und Tramelan wurden über die Gestaltung der Archiveinrichtungen Ratschläge erteilt. Ausserdienstlich ordnete der jurassische Archivar das Bürgerarchiv von Péry.

IX. Ehemals fürstbischöflich-baselsches Archiv

Geordnet und durch eine Kartei erschlossen wurden die folgenden Abteilungen: B 281. Soultz, la Recette 1159–1790; B 135. Bereine und Renovationen, 107 Faszikel, aus den Jahren 1341–1791; A 1. Abbatiae principales 1141–1788; A 2. Abbatiae variae extra Episcopatum Basileensem 770–1785.

Vom Nachlass an Büchern und Schriften des Herrn Joseph Beuret-Frantz, der für das jurassische Archiv erworben werden konnte, wurde ein Verzeichnis angelegt. Der jurassische Archivar wirkte erheblich mit an den Arbeiten für die Restauration der Abteikirche Bellelay.

X. Hallwyl-Archiv

Der Hallwyl-Fonds betrug am 1. Januar 1958 Fr. 16 750.80. Ende des Jahres 1958 beträgt er 17 238.60. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 533.30. Es wurden in bescheidenem Umfang Werke über die Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 31. Mai 1959.

Der Regierungspräsident:

W. Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 30. Juni 1959.

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**

